

# Mai-Zeitung

von >zusammen kämpfen< [Magdeburg] | zum 1.Mai 2011 | kostenlos

## Inhaltsverzeichnis

- Seite 1 - Bündnisaufruf
- Seite 2 - Mobilität für Alle
- Seite 3 - Freiräume aneignen  
Zur Lage auf dem Amt
- Seite 4 - Speziesismus und Kapitalismus  
Beitrag der Antispeziesistischen Aktion MD
- Seite 5 - Klasse gegen Klasse
- Seite 6 - Kontakt, Termine, Infos ....

## Vorwort und Geschichte des 1.Mai

**Liebe Leserin, lieber Leser,**  
bereits im fünften Jahr wird auch im Jahr 2011 eine revolutionäre 1.Mai-Demonstration stattfinden. Wir als Gruppe >zusammen kämpfen< rufen gemeinsam mit einem Bündnis bestehend aus linken und sozialen Initiativen zu dieser Demo auf. Aus diesem Anlass ist auch diese Mai-Zeitung entstanden die unter anderem den Bündnisaufruf, einige Artikel von uns, einen Beitrag der Antispe-Gruppe sowie dem bundesweiten Aufruf zum 1.Mai enthält.  
In Magdeburg wird am 1.Mai 2011, um 12.30 Uhr wie gewöhnlich der Auftakt am Alten Markt zur diesjährigen Maidemo stattfinden. Bereits am Vormittag werden die Gewerkschaften eine Kundgebung auf dem Alten Markt durchführen.

## Rückblick:

Der 1. Mai ist international ein historischer Ausdruck von Klassenkampf. An diesem Tag gehen weltweit die Unterdrückten, die Arbeiterklasse und die Armen auf die Straße um für ein besseres Leben zu kämpfen. Die meisten Menschen, die in der DDR gelebt haben, kennen den 1. Mai noch als „Internationalen Kampf- und Feiertag der Werktätigen für Frieden und Sozialismus“. Das dies ein besonderer Tag im Jahr ist, der eine tiefere Bedeutung besitzt, wird vor allem durch seine geschichtliche Relevanz verdeutlicht. Begonnen hat es 1856 in Australien mit Massendemonstrationen für die Verkürzung der Arbeitszeit. 30 Jahre später, am 1. Mai 1886, nahm die amerikanische Arbeiterbewegung dies als Anlass auch für den „8-Stundentag“ zu kämpfen. Es kam daraufhin zu einer Streikwelle in den USA, die von vielen Demonstrationen begleitet wurde. Bei dem Versuch, den Protest gewaltsam durch die Polizei niederzuschlagen, verloren viele Menschen ihr Leben.

Der Gründungs-Kongress der II. Internationale beschloss nachfolgend den 1. Mai 1890 gleichzeitig in allen Ländern zu nutzen, um an den Kampf der amerikanischen ArbeiterInnen zu erinnern und Manifestationen für die Erkämpfung von Forderungen der Werktätigen durchzuführen. Bis aber der 1. Mai ein anerkannter Kampf- und Feiertag der internationalen Arbeiterklasse wurde, musste noch ein langer und blutiger Weg beschritten werden. Von Anfang an versuchten Unternehmensverbände einen solchen Tag zu verhindern. Doch auch mitten im 1. Weltkrieg trotzte die Arbeiterbewegung den imperialistischen Interessen des Kaisers, dem Militär und der herrschenden Klasse und beging den 1. Mai 1916 als Antikriegstag. Selbst in der Weimarer Republik musste die Arbeiterklasse immer wieder kämpfen, um an diesen Tag für ihre Rechte auf die Straße gehen zu dürfen. Am 1. Mai 1929 wurden in Berlin 13.000 Polizisten aufgebeten um eine Demonstration zu verhindern. Die Folge des „Blutmai“ von 1929 waren 33 Tote.

1933 erklärte Hitler den 1. Mai als „Tag der nationalen Arbeit“ zum Feiertag. Durch umfangreiche Gewerkschafts- und Betätigungsverbote für ArbeiterInnen gab es allerdings nicht viel zu feiern zwischen 1933 und dem Ende des 2. Weltkrieges am 8. Mai 1945.

Auch heute sollten wir uns der Geschichte und der Verantwortung eines solchen Tages bewusst sein. Solange es Krieg, Raub an natürlichen Ressourcen, soziale Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung gibt werden wir am 1.Mai auf die Straßen gehen und für eine klassenlose Gesellschaft kämpfen. In diesem Sinne:  
**1.Mai - Straße frei!**

## Kapitalismus bedeutet Krieg und Krise! Solidarität aufbauen - Klassenkampf organisieren!

**BÜNDNISAUFRUF:** Überall auf der Welt regt sich Widerstand. Ob in Nordafrika, Griechenland, Frankreich oder vielen anderen Länder der Welt stehen die Menschen auf und wollen nicht länger ihre aktuelle Lebenssituation hinnehmen. Sie fangen an sich gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung zu organisieren.

Auch hier in der BRD spitzen sich die gesellschaftlichen Konflikte weiter zu.

Politiker und Medien propagieren, dass die größten Auswirkungen der Krise überwinden seien, jedoch ist klar, dass sich unsere Lebensbedingungen immer weiter verschlechtern während die Banken und Unternehmen weiterhin von der Krise profitieren.

Die Angriffe von Staat und Kapital gegen uns, die Klasse der Lohnabhängigen und Erwerbslosen, nehmen weiter ihren Lauf. Der „Billiglohnssektor“ wird auf Kosten von tariflich abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen ausgebaut. Der Ausbau von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, zum Beispiel Zeitarbeitsfirmen, drückt die Löhne immer weiter nach unten und bei der sozialen Absicherung wird ebenso wie im Bildungssektor massiv gespart. Auch die Erhöhung des Hartz 4 Satzes ist nur Augenwischerei. Eine Erhöhung von letztlich fünf Euro ändert nichts an der Isolation von ALG2 Empfänger\_Innen und den Ausschluss aus dem sozialen und kulturellen Leben. Hinzu kommt, dass die Mehrzahl der Erwerbslosen in menschenunwürdige 1-Euro Jobs gesteckt werden oder in unsinnigen Maßnahmen ausharren sollen, um die Statistik der Arbeitslosenzahlen zu beschönigen. Wer diese nicht annimmt, wird mit Kürzungen abgestraft. Auf der anderen Seite sichert eine 40-Stunden Woche bei vielen keineswegs mehr den Lebensunterhalt. Durch steigende Lebenshaltungskosten aber gleichbleibenden Löhnen und einer Lohnwillkür in vielen Branchen müssen viele Menschen neben ihrem Job zusätzlich noch Hartz 4 beantragen, um sich das Nötigste leisten zu können. Besonders deutlich wird dies auch in Sachsen-Anhalt. So kann Mensch auch den sachsen-anhaltinischen (Image-) Werbeslogan „Wir stehen früher auf“ ganz wörtlich nehmen: Hier werden jährlich die meisten Arbeitsstunden geleistet und das zu Hungerlöhnen. So belegt Sachsen-Anhalt den zweiten Platz in der Niedriglohnstatistik. Mit diesen niedrigen Löhnen lässt es sich auch erklären, dass trotz der viel gepriesenen Entwicklung und dass trotz der fallenden Arbeitslosenquote die Zahl der ALG-2 Empfänger\_Innen stetig steigt.

Frauen und Migrant\_Innen sind von der Verschlechterung der Lebensbedingungen besonders betroffen. MigrantInnen werden vor allem durch Niedriglöhnen, Schikanen im sozialen und kulturellen Leben, faschistischen Übergriffen oder verschärfte Bedingungen gegenüber Behörden und Arbeitgebern unterdrückt. Doch auch unabhängig von der Herkunft sehen sich Frauen mit einer zusätzlichen Unterdrückung konfrontiert, denn die Situation der Frau in der Arbeitsmarktpolitik ist nach wie vor problematisch. Frauen verdienen im Schnitt 28 % weniger als ihre männlichen Kollegen bei gleicher Arbeit, wobei sie zusätzlich geringere Chancen haben beruflich aufzusteigen. Auch die Teilzeitarbeit ist eine Frauendomäne welches auf die Doppelbelastung durch die Familie und Beruf zurückzuführen ist. Dies wirkt sich vor allem in den Renten aus, welches eine hohe Altersarmutsquote zur Folge hat.

Der sexistisch und patriarchal geprägte Alltag von Frauen zeigt, dass trotz formeller Gleichberechtigung, Frauen immer noch wegen ihres Geschlechts unterdrückt werden. Die angepriesene Gleichheit vor dem Grundgesetz hebt weder die typischen Geschlechterrollen auf, noch patriarchale Strukturen als solches. Dies wird auch keine aktuell von der Politik diskutierte Einführung einer Frauenquote in Führungspositionen schaffen. Die Befreiung der Frau kann nur über eine ständige Selbstreflexion und Befassung mit den Themen Patriarchat und Sexismus erfolgen. Denn „Du bist als Frau erst frei, wenn alle Frauen frei sind!“. Doch nicht nur die im Kapitalismus bestehenden Herrschaftsverhältnisse wie Patriarchat und Rassismus werden genutzt, um Profite zu maximieren,

**HERAUS ZUM  
REVOLUTIONÄREN  
1. mai**

**KAPITALISMUS  
BEDEUTET  
KRIEG UND KRISE**

**SOLIDARITÄT AUFBAUEN  
KLASSENKAMPF  
ORGANISIEREN**

**Demonstration  
1. Mai 2011-12:30Uhr  
Alter Markt  
Magdeburg**

**www.erster-mai-magdeburg.tk**

sondern es werden auch Kriege geführt um die Macht über Ressourcen auszuweihen und die Unterdrückung der Menschen fortzuführen. Im Januar wurde eine weitere Mandatsverlängerung im Bundestag für den Afghanistan-Einsatz beschlossen, um ein weiteres Morden für reine Profitinteressen zu legitimieren. Deutschland soll dort als globaler Akteur etabliert werden und soll strategisch wichtige Punkte gegenüber dem Nahen Osten, Russland und China sichern. 9 Jahre dauert mittlerweile die imperialistische Aggression der Bundeswehr an, die für die afghanische Bevölkerung Leid, Tod und Zerstörung bedeuten.

Wir wollen diese Zustände nicht länger hinnehmen. Wir müssen für unsere Rechte kämpfen und die Isolierung jedes Einzelnen durchbrechen, um diesen Klassenkampf von Oben etwas entgegenzusetzen.

Auch hier in Magdeburg trifft uns der Normalzustand einer kapitalistischen Ellenbogengesellschaft jeden Tag härter. Doch wir wollen uns dagegen wehren. Wir wollen gemeinsam unsere Wut und unseren Widerstand auf die Straße tragen und ein solidarisches und kämpferisches Klassenbewusstsein entwickeln.

Deshalb gehen wir am 1.Mai in Magdeburg auf die Straße, da dieser traditionell und international ein historischer Ausdruck von Klassenkampf ist. Weltweit erheben die Menschen an diesem Tag, die von Ausbeutung und Unterdrückung betroffen sind, ihre Stimme um für ein besseres Leben zu kämpfen.

Ein Leben frei von einer kapitalistischen Verwertungslogik und Unterdrückung, frei von Diskriminierung, Isolierung und Ausgrenzung, für eine Welt, in welcher der produzierte Reichtum allen zugänglich ist und nicht nur die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer macht.

## Mobilität für Alle ! Gegen soziale Ausgrenzung im öffentlichen Nahverkehr!

Nachdem etliche von uns schon bereits jetzt durch kaum bezahlbare Fahrpreise in ihre Mobilität eingeschränkt sind, vollzogen die Magdeburger Verkehrsbetriebe im Dezember letzten Jahres eine weitere Erhöhung ihrer Fahrpreise. Die Preise im Straßenbahn- und Busverkehr stiegen nach offiziellen Angaben um fünf Prozent. Der Preis für einen Einzelscheine von 1,70 € wurde auf 1,80 € angehoben und weitere Einschränkungen wurden vorgenommen. Die Fahrzeit wurde zusätzlich von 90 auf 60 Minuten (richtungsbezogen) eingeschränkt. Bei neuem Durchrechnen kommt mensch auf eine Nettopreiserhöhung von 58,8 Prozent. Nach der letzten umfangreichen Preiserhöhung bei der die Fahrt in die entgegengesetzte Richtung abgeschafft wurde und der Fahrpreis im

Endeffekt um über 100% angehoben wurde, ist dies erneut ein Angriff und Einschnitt auf unsere Mobilität und Bewegungsfreiheit. So ist es eine logische Folge, dass Viele finanziell nicht mehr willens oder in der Lage sind, ihre Wege mit der MVB zurückzulegen; ob zum Arzt, zum Amt, um am kulturellen Leben teilhaben zu können oder um einfach FreundInnen zu besuchen. Ganz besonders übel sieht es für illegalisierte MigrantInnen und Obdachlose aus, die trotz hoher Bedürftigkeit am öffentlichen Nahverkehr nahezu ausgeschlossen sind. Viele Menschen werden somit zunehmend ins gesellschaftliche Abseits und in die Isolation gedrängt oder gezwungen „Schwarz“ zu fahren. Der Anteil an sozialen Gefangenen die wegen „Erschleichen von Leistungen“ (Schwarzfahren) im Knast sitzen ist erheblich. So z.B. in der JVA Plötzensee (Berlin), dort sitzen über ein Drittel aller Häftlinge wegen kostenloser Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ein.

Ein soziales Recht auf Mobilität und Bewegungsfreiheit gibt es somit nicht. So wird auch bei der MVB deutlich, dass sich die Anwendung von Marktgesetzen und die Profitorientierung im Sinne einer kapitalistischen Verwertungslogik nicht an unseren Lebensbedürfnissen orientieren. Statt einen sozialen Nahverkehr und Mobilität für Alle zu ermöglichen, wird weiterhin in ein chices Image sowie profitablere Werbeflächen investiert. Die MVB- NutzerInnen profitieren eben nicht wirklich von bunt blinkenden Bildschirmen in den Straßenbahnen, den noch moderneren Wartehäuschen, dem Ausbau der Überwachungstechnik und der Anheuerung rassistischer Sicherheitskräfte.



Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben führen, in der die Mieten bezahlbar sind und wir den leerstehenden Wohnraum gegen Obdachlosigkeit, zur freien Entfaltung oder als Treffpunkte nutzen können, anstatt sie für kommerziellen Einrichtungen und Mietspekulanten herzugeben.

Die Produktion soll den menschlichen Bedürfnissen entsprechen und nicht die Profitinteressen der herrschenden Klasse stillen.

Es ist mehr als nötig Solidarität untereinander aufzubauen, um uns aus der Abhängigkeit der Lohnarbeit herauszulösen und der gegenseitigen Konkurrenz in einer kapitalistischen Ellenbogengesellschaft entgegenzuwirken.

Der gesellschaftliche Reichtum beruht auf der Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt.

Kapitalismus bedeutet Krieg und Krise, gegen den wir uns organisieren und gemeinsam kämpfen müssen. Sei es durch Streiks, Demonstrationen, Aktionen in den Ämtern oder die Verhinderung von Krieg.

Wir müssen uns bewusst machen für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen. Nehmen wir uns, was uns sowieso gehört!

**Klassenbewusstsein entwickeln – Solidarität aufbauen!  
Für soziale Sicherheit statt Überwachung!  
Gegen die Unterdrückung von Mensch, Tier und Umwelt!  
Kein Mensch ist illegal – Bewegungsfreiheit für Alle!  
Gegen imperialistische Kriege – Bundeswehr abschaffen!**



An dem was sich angeblich öffentlich nennt, sollte doch jede/r teilhaben können. Doch dies ist ganz und gar nicht der Fall. Unliebsame Fahrgäste sowie diejenigen die sich kein Ticket mehr leisten können und trotzdem die Straßenbahn nutzen, sehen sich mit den von der MVB angeheuerten Schlägertrupps konfrontiert. Übergriffe auf MigrantInnen und Alternative durch die Kontrolletties und so genannten Sicherheitskräften häufen sich. Im Nachtverkehr müssen diese (Securities) sogar teilweise von der Polizei begleitet werden, was deutlich macht, dass sich die von der MVB beauftragten Geldeintreiber auch nicht mehr so sicher fühlen können. Doch es liegt an uns diesem repressiven Klima sowie den untragbaren Bedingungen im öffentlichen Nahverkehr durch Öffentlichkeitsarbeit, Initiativen und direkte Intervention etwas entgegenzusetzen.

Darum ist es umso wichtig auch den 1.Mai dafür zu nutzen und mit dabei zu sein. An diesem Tag kommen überall auf der ganzen Welt die Menschen zusammen um sich für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu organisieren, zu demonstrieren und zusammen zu kämpfen. Die diesjährige 1.Mai- Demonstration in Magdeburg reiht sich in dieser Tradition ein und bietet eine gute Möglichkeit die Forderung nach Mobilität und Freiheit für Alle fernab von kapitalistischer Verwertungslogik Ausdruck zu verleihen.

Also dann – heraus zum revolutionären 1.Mai – reih dich ein in die revolutionäre 1.Mai- Demo um 12.30 Uhr am Alter Markt!

**Mobilität und Bewegungsfreiheit für Alle.  
Öffentliche Güter aneignen!**

Welche Möglichkeiten gibt es schon jetzt einen öffentlichen Nahverkehr für mehr Menschen zu ermöglichen?

- große Fahrgemeinschaften bilden, um das Recht auf Mobilität durchzusetzen
- gültige Fahrscheine weitergeben oder auf dem Sitz liegen lassen
- andere Fahrgäste auf zusteigende Kontrolleure aufmerksam machen
- an den Wochenenden andere Fahrgäste auf (m)einer Monatskarte mitfahren lassen

Aber auch sonst stellen die Straßenbahnen einen öffentlichen Raum dar, den es gilt nutzbar zu machen und für uns zu besetzen. Beispielsweise durch Partys, öffentliche Buchlesungen und Inforentaltungen oder dem Verteilen von Flugblättern in denen wir eine klassenlose, solidarische Gesellschaft - eine Welt ohne Fahrscheine einfordern.

## Zur Situation auf dem Amt

Die Situation auf den Ämtern ist über all gleich, überfüllte Wartefläche, Erniedrigung durch SachbearbeiterInnen und soziale Ausgrenzung durch Hetztriaten das wir sowieso nur alle „faule Arbeitslose“ seien. Eine Verachtung fühlen die meisten Menschen beim regelmäßigen Gang zum Jobcenter. Sei es der erste Hartz 4 Antrag, oder das mal wieder kein Arbeitslosengeld auf dem Konto drauf war oder die Folgeanträge angeblich nicht bei der ARGE eingegangen sind. Schikanen und Repressionen gegen die ALG2 BezieherInnen sind an der Tagesordnung und nehmen weiter ihren Lauf. Für uns bedeutet das Jobcenter nur Stress und hat für die meisten Hartz4 EmpfängerInnen keine Perspektive, schon gar nicht für Jugendliche.

Die von Medien und Politik gepriesene niedrigste Arbeitslosenquote hat nicht viel mit der fachlichen Kompetenz des Jobcenter zu tun oder mit dem nach der Krise eingetreten wirtschaftlichen Aufschwung, sondern vielmehr mit der Beschönigung der Arbeitslosenstatistiken und der weiteren Ausbeutung der unteren Schichten unserer Gesellschaft.

Die Jobcenter der Arbeitsgemeinschaften (ARGE) sind in erster Linie nicht dazu da, um ALG2 EmpfängerInnen zu helfen oder gar eine Aufklärung unserer Rechtslage zu unterstützen, sondern sie stellen im kapitalistischen System ein Repressionsapparat dar. Es wird mit allen Mitteln versucht, Hartz 4 EmpfängerInnen entweder ganz aus dem ALG2 Bezug raus zu drücken, oder sie zumindest aus der Arbeitslosenstatistik zu entfernen.

So versuchen die SachbearbeiterInnen uns jedes mal aufs Neue in menschenunwürdige 1Euro Jobs oder in unsinnige Maßnahmen zu stecken. Wer sich diesem Arbeitszwang nicht beugt wird mit Kürzungen oder Sperrungen bestraft. Dies geschieht nicht aus dem Grund, weil wir alle „Faulenzer und Schmarotzer“ sind, sondern weil wir auch für die Krise von Staat und Kapital bezahlen sollen. Diese 1€ Jobs sind Unterdrückungsinstrumente und werden als Waffe gegen die lohnabhängige Bevölkerung eingesetzt. Reallöhne sinken immer weiter nach unten, immer mehr Menschen müssen im Niedriglohnsektor (zum Beispiel Zeitarbeitsfirmen) arbeiten. Darüber hinaus bewirken 1€ Jobs, dass immer mehr reguläre Stellen gestrichen werden und das allgemeine Lohnniveau sinkt.

Auch das „Rekordjahr der Sperrzeiten“(2009) spricht eine klare Sprache. Dort erbrachte die Summe aller Sperrzeiten eine Zeitspanne von 70.000 Jahren, damit wurde zumal die Zahl der registrierten Arbeitslosen um rund 70.000 Personen nach unten reduziert und darüber hinaus sparte die Bundesregierung über 700 Millionen Euro ein. Es geht noch weiter, über 37% des erlassenen Sparpaketes ging zu Lasten von Hartz 4 BezieherInnen, während nur 7,3% zu Lasten der Banken ging. Wir als Klasse der Unterdrückten und Ausgebeuteten sind nur ein Mittel zum Zweck, damit die Konzerne und Banken in Zeiten einer selbstverschuldeten Krise weiter fette Profite einfahren und wir die Krise bezahlen sollen.

Wir stellen nur ein Rädchen im System dar, in dem das Geld das alles bestimmende Kriterium ist. Dieses Prinzip wird dann mittels staatlicher Institutionen mit struktureller Gewalt durchgesetzt.

Dagegen können wir uns nur gemeinsam wehren, wir haben die Möglichkeit diesem Klassenkampf von oben eine Antwort von unten entgegenzusetzen. Wir müssen verstehen das unsere Klassenbrüder und -schwestern in der gleichen Situation sind und es uns nicht hilft, wenn wir uns untereinander aus- und abgrenzen. Wir müssen Solidarität aufbauen und ein gemeinsames Klassenbewusstsein entwickeln, wir sollten verstehen das wir nicht alleine sind.

Kämpfen wir für ein Leben fernab einer kapitalistischen Verwertungslogik, frei von Diskriminierung, Isolierung und Ausgrenzung - für eine Welt, in welcher der produzierte Reichtum allen zugänglich ist und nicht den Rachen weniger füllt.

## Freiräume aneignen – Häuser und öffentliche Räume besetzen – Klassenkampf organisieren!

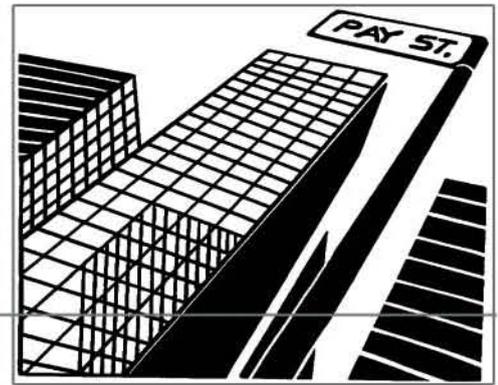
Magdeburg ist sicherlich kein exemplarisches Beispiel für blühende Landschaften in Ostdeutschland. In der DDR noch Industriehochburg im Schwermetall- und Maschinenbau, heute eine Stadt, die eher von Arbeitslosigkeit, Wohnungsleerstand und Investitionsruinen geprägt ist. Im Rahmen der kapitalistischen „Marktbereinigung“ nach der Wende 1989 wurde fast die gesamte Industrie in Ostdeutschland plattgemacht, so auch in Magdeburg. Zehntausende ArbeiterInnen verloren ihren Job und viele von ihnen auch die Perspektive. Infolge dessen schrumpfte die Bevölkerung in den letzten 20 Jahren um 70.000 auf 230.000 EinwohnerInnen. Etliche Wohnungen standen gerade in Bezirken wie Olvenstedt, Reform, Nord und Buckau leer und wurden dem Verfall überlassen. Tausende Wohnungen wurden von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften verkauft und Wohnraum zunehmend privatisiert. Im Rahmen umfangreicher Umstrukturierungs-, Abriss- und Aufwertungsprogramme wurden schon hunderte Millionen Euro Steuergelder ausgegeben. Zehntausende (überwiegend billigere) Wohnungen in den Randbezirken der Stadt wurden abgerissen dagegen wurden in scheinbar profitablere Immobilien investiert. Somit bleiben die Mieten auf hohem Niveau bzw. steigen weiter.

Im Kontrast zu der allgemeinen sozialen Situation unserer Klasse hingegen vollzieht sich seit den 90iger Jahren eine kapitalistische Umstrukturierung im Innenstadtbereich. Große Freiflächen und Grünanlagen mussten Konsumtempeln und Büroflächen weichen wobei bezahlbarer Wohnraum durch Luxussanierungen vernichtet wurde. Durch diese so genannten Aufwertungsmaßnahmen werden teilweise AnwohnerInnen und überwiegend „sozial schwache“ Menschen in Randbezirke durch horrenden Mieten verdrängt.

Des Weiteren werden (vermeintlich) zahlungsschwachen Menschen, wie MigrantInnen, Punks, Obdachlose, BettlerInnen usw. in der City von Ordnungsamt und Bullerei mittels „verdachtsunabhängiger Kontrollen“, Videoüberwachung und erweiterte Platzverweisen kriminalisiert und sollen somit aus den Konsum- und Vergnügungsmeylen der Innenstadt vertrieben werden. Ob öffentliche Trink-Verbote auf dem Hasselbachplatz, so genannte Polizeipräsenz oder der Einsatz von „Mosquito“- Ultraschallgeräten – die Palette der Verdrängungsmaßnahmen ist vielfältig.

So wie Umstrukturierung, Verdrängungsprozesse und Mietwucher klare Angriffe auf die Lebensverhältnisse unserer Klasse sind, diktiert durch die Profitgier der Besitzenden, gilt es öffentliche Räume und Häuser zu besetzen und für Alle nutzbar zu machen. Häuserkampf ist Klassenkampf, es ist ein Aneignungsprozess, der darauf abzielt privates in allgemeines Eigentum zu überführen. Hausbesetzungen sind also im Kleinen das, was der revolutionäre Prozess im Großen ist, die Enteignung von Kapitalisten zu Gunsten der Allgemeinheit.

Und genauso wie Luxussanierungen die Mieten in einem ganzen Bezirk in die Höhe treiben, können Hausbesetzungen die Mieten in einem ganzen Viertel auch wieder drücken. Diese Praxis können wir als sozialrevolutionäre Linke nur begrüßen und unterstützen.



Besetzte Häuser bieten weiterhin auch die Möglichkeit sowie den nötigen Platz für die Entwicklung unkommerzieller, sozialer und kultureller Projekte. Von proletarischen Selbsthilfeinitiativen wie Voküs, Rechts – und Sozialberatung, Dusch- und Waschmöglichkeiten, sowie Pennplätze für Obdachlose, bis hin zu kulturellem Engagement wie Konzerte, Feste, Workshops etc. – dem Selbstorganisationsprozess sind kaum Grenzen gesetzt. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Schutzfunktion gegenüber rassistischen und sexistischen Übergriffen. Wie nötig gerade diese Schutzräume sind, zeigt die Geschichte und Aktualität faschistischer Übergriffe in Magdeburg nur allzu deutlich.

Gerade seit den 90-iger Jahren gab es in Magdeburg etliche besetzte Häuser in Stadtfeld unter anderem in der Friesen-, Immermann-, Goethe-, Raabe-, Uhland- und Gr. Diesdorferstraße. Diese Häuser verstanden sich als kollektiver Wohn- und Freiraum. Über die Jahre wurden alle Häuser geräumt, zuletzt die Ulrike am 1. September 2002. Stadtfeld wurde letztlich flächendeckend saniert und es gibt kaum noch bezahlbare Wohnungen.

Nach den Jahren entstanden wieder neue Projekte der Selbstorganisation. 2007 öffnete der Infoladen in Stadtfeld. Seitdem stellt dieser in erster Linie eine Infrastruktur für Debatten, Informationen und Aktivitäten derjenigen bereit, die sich für eine solidarische Gesellschaftsordnung organisieren, Teil sozialer Kämpfe sind oder sich gegen rassistische und patriarchale Diskriminierung einsetzen. Hier können Menschen zusammen kommen, Gruppen sich treffen, Diskussionen oder Veranstaltungen organisiert werden oder proletarische Selbsthilfe in Form von Sozial- und Rechtsberatung kollektiviert werden.

Auch dieses Projekt ist noch nicht vollkommen und befindet sich in Entwicklung. Es bietet aber eine gute Basis für Selbstorganisation, Steigerung von Kollektivität und der Wiederaneignung öffentlicher Räume und Häuser.

Es gilt sich nicht darauf auszurufen sondern bietet eher eine gute Basis für Mehr. Nehmen wir uns die Straße und Häuser zurück – lasst uns den Widerstand in den Stadtteilen organisieren. Es gibt noch etliche leer stehende Objekte die darauf warten genutzt zu werden um neue kollektive, proletarische und antifaschistische Projekte entstehen zu lassen. Daneben bleibt es dabei weiterhin widerspenstig und kreativ die Immobilienhaie aus unseren Stadtteilen zu vertreiben. In diesem Sinne:

**Für eine proletarische Selbsthilfe!  
Den Widerstand in den Stadtteilen organisieren!  
Zusammen kämpfen für eine klassenlose Gesellschaft!**

Solidarische Grüße an den Umsonstladen und das LIZ...



# Speziesismus und Kapitalismus

Beitrag der Antispeziesistischen Aktion MD

Der englische Forscher Richard Ryder formulierte in der 70er Jahren den Begriff des Speziesismus. Er versuchte damit als erster wissenschaftlich das Herrschaftsverhalten und die Unterdrückung von Tieren durch den Menschen zu beschreiben.

Diese Betrachtung machte es ihm möglich, einen Unterdrückungsmechanismus zu beschreiben, der seit Menschengedenken allgegenwärtig und unveränderlich scheint: eine Unterdrückung, die schon vielen Menschen Jahrhunderte zuvor auch kannten und kritisierten, aber sich nie damit wirklich auseinander setzten.

Es wurde damit nicht versucht an konkreten Beispielen aufzuzeigen, was der Mensch schlechter denn Tieren antut oder welches Verhalten Tieren gegenüber „menschlich“ und „unmenschlich“ ist, sondern aus welchen Überzeugungen und Ansichten, aus welcher scheinbar nie zu beendenden Vormachtstellung des Menschen über Tiere und Natur heraus, sich dieses Verhalten Jahrtausende durchgesetzt hat und immer noch erhalten ist. Speziesismus beschreibt in dieser Auseinandersetzung die Diskriminierung und Herrschaft des Menschen über Tiere, in der ein klar gestricktes Muster zu erkennen ist. Der Mensch behauptet er sei intelligenter und weiter entwickelt als Tiere, kann untereinander kommunizieren, empfindet Schmerz und Leid, hat ein soziales empfinden, logisches und kreatives Denken, was Tieren abgesprochen wird.

Kurz gesagt Tiere sind unterentwickelter.

Durch diese angebliche Unterentwicklung sind sie auch weniger wert, ihnen werden Rechte abgesprochen, meist negativ behaftete Eigenschaften zugeschrieben, sie werden diskriminiert, zu Objekten, Waren und Kapitalanlagen degeneriert und für wirtschaftliche Interessen ausgebeutet und unterdrückt.

Die Kategorisierung hat sich kulturhistorisch entwickelt, auf religiöse und ideengeschichtliche Weise ausgedeutet und mit Werten besetzt, dass dem Menschen Vernunft, Rationalität, Kultur und einer Seele und im Gegensatz den Tieren Triebhaftigkeit und eine seelenlose Körperlichkeit zuschreibt.

Im Prozess der Selbstaufwertung, durch zuschreiben negativer Eigenschaften auf andere entstehen Wertehierarchien, welche letztendlich in Unterdrückungsformen enden und diese legitimieren.

Zu sehen ist also immer ein Ausgangspunkt mit dem Zuschreiben positiver Eigenschaften auf die eigene, relativ einheitlich wahrgenommene Gruppe.

Dieses Schema ist aber nicht einzigartig in der Mensch-Tier Beziehung vorhanden, sondern schon viel älter und auch auf anderen Ebenen stark verbreitet.

Als eine einheitlich wahrgenommene Gruppe, von sich selbst betitelnden Menschen, kann jetzt durch den Prozess der Selbstaufwertung eine Ausbeutung und Unterdrückung legitimiert werden. Da als Gegenpart zum Menschen alle anderen Lebewesen zu einer Kategorie des „Tieres“ zusammengelegt werden, ist der Fokus auf die „andere Gruppe“ recht weit gefächert und beinhaltet eine recht große Masse. Innerhalb dieser Masse war die Opferrolle bestimmter Arten recht schnell gefestigt, da sie zu Beginn hauptsächlich als Nahrungsquelle dienten und sich schnell im „Überlebenskampf“ besiegen ließen. Der Status von Tieren als Nahrung weitete sich schnell auf weitere Rollen aus- von Reittieren und Helfer bei schweren Arbeiten im Bau oder auf dem Land, als Beschützer des Hauses, bis zu gesellschaftsfähigen Freunden und Indikatoren für Reichtum, Prestige und Macht. Im Laufe der Entwicklung und gesellschaftlicher Verflechtung von finanziellen Werten auf Produk-

wurden Tiere auch mit einem Wert versehen. Sie dienten in einem wirtschaftlichen Kreislauf als Garant zur Existenzsicherung für derer, die von Tieren lebten und sie sich untertan machten. Im Laufe des immer stärker werdenden Einflusses der Wirtschaft in der Gesellschaft, vor allem nach der industriellen Revolution, wurde auch die Existenzsicherung durch Tieraussbeutung immer bedeutsamer. Durch die Hilfe neuer Techniken und die finanzielle Unterstützung durch Banken und anderer Geldgeber, war es nun möglich einen kostenintensiven Ausbau der bisherigen Produktionsstätten durchzuführen und sie gewinnmaximierend zu intensivieren. Diese Intensivierung war der Startschuss einer aus allen Fugen geratenen Massentierhaltung, wie wir sie jetzt haben. Bauernhöfe wurden zu immer größeren Anlagen ausgebaut, es wurde angefangen Tiere den ganzen Tag in Ställen unterzubringen, da eine Grünfläche zum Auslauf zu teuer wurde und immer mehr auf eine Gewinnmaximierung geachtet wurde. Durch Forschungen in der Medizin kamen medikamentelle Behandlungen dazu, es wurden Kraftfutter entwickelt und es kam zu gezielten Züchtungen- je nach dem welches Produkt am Ende den Gewinn bringen sollte gibt es spezielle Legehennen-, Milchkuh-, oder reine Schlachttierarten. All dies um den Reingewinn zu steigern. Im Laufe dieser Entwicklung und dem immer stärker werdenden existenziellen Druck, wurden Tiere immer mehr zu Kapital, Maschinen und Eigentum degradiert. Während sie zwar schon immer als Eigentum oder Nahrungsmittel angesehen wurden, gab es aber eine immer weiter wachsende Entfremdung vom Menschen gegenüber Tieren, die in einer Nahrungsmittelproduktion ausgebeutet werden.



Aber nicht nur dort gab es eine Intensivierung und zunehmende Degradierung zu Kapital und Profitgarn von Tieren. Investitionen gab es auch in Zoos, Zirkusse, Tierversuchseinrichtungen und in anderen Bereichen, in denen Tiere ausgebeutet werden, um letzten Endes wieder mehr Gewinn zu erwirtschaften.

Mit der steigenden Einflussnahme des Kapitalismus in allen Bereichen der Gesellschaft ist es eine plausible Folge, dass in Bereichen, in denen Tiere ausgebeutet werden, die Menschen dazu gezwungen sind, ebenso gewinnstrebend zu handeln und zu arbeiten. Dies bedeutet aber nicht unbedingt für den Menschen dort mehr körperliche Arbeit, sondern, da er die Arbeitskraft eines anderen verkauft, um selber damit Gewinn zu erstreben, eine zunehmende Ausbeutung und Unterdrückung von Tieren, die bis heute anhält.

Bei einer näheren Betrachtung des Mensch-Tier-Verhältnisses wird dann klar welche Auswirkungen dies für die Tiere bedeutet.

Bei der Fokussierung auf den Gewinn wird die Eigenständigkeit und Individualität des Tieres komplett außer Acht gelassen. Sie werden auf Leistung gezüchtet, auf Gehorsamkeit und Unterwürfigkeit trainiert, für die „Forschung“ gequält und als Eigentum gehandelt und angesehen. Ihnen wird jegliche Freiheit abgesprochen, ob als Haustier, Attraktion im Zoo, Gaumenkitzel usw., sie werden eingesperrt, ihrer Familien beraubt, aus ihrem natürlichen Lebensraum entführt. Zur Produktion von Fleisch werden selbstständig denkende Lebewesen in Boxen geboren, in denen sie ihr Leben verbringen müssen, mit Artgenossen zusammengepfercht auf einer Fläche, die nicht einmal ansatzweise



einen Bruchteil ihres natürlichen Lebensraumes betragen. Sie werden mit Medikamenten behandelt um Seuchen in den Ställen zu vermeiden, werden den ganzen Tag gemästet, über weite Strecken transportiert um im Minutentakt getötet zu werden und um aus ihrem Körper Geld zu machen. Zur Unterhaltung werden Tiere eingeknastet, mit Folter zur Gehorsamkeit erzogen, damit sie vor Menschenmassen unnatürliche Bewegungen durchführen. Danach werden sie wieder in ihre Boxen gesperrt, um auf ihre nächsten zehn Minuten Stress und Schläge zu warten. Pelztiere werden ebenso in kleinen Käfigen auf riesigen Farmen mit bis zu 50000 Artgenossen gehalten, bis sie nach einem dreiviertel Jahr per Stromschlag oder ertränken getötet werden, um dann ihren Pelz als Kleidung und Mode zu verkaufen. Lebewesen werden für angeblich wichtige Forschungen für die Medizin und Pharmaindustrie in sterilen Boxen aufbewahrt, ohne Tageslicht, alleine und ohne irgendeine Beschäftigung. Sie werden anschließend seziert, vergiftet mit Chemikalien, Putzmitteln und Kosmetikbestandteilen oder müssen Verhaltenstests durchführen wonach sie einfach getötet werden; wenn sie ihre Leistung nicht mehr erbringen. Hinter den Versuchen stehen meist Pharmaunternehmen und Chemiekonzerne, die solche Versuche in Auftrag geben, um sich rechtlich bei Komplikationen abzusichern. Nur dass die Ergebnisse immer auf das getestete Tier übertragbar sind und nicht auf den Menschen- aber wieso sind dann Tiere anders genug um Versuche an ihnen durchzuführen, aber gleich genug um die Ergebnisse eins zu eins auf den Menschen zu übertragen?!

Hinter dieser Logik stehen keinerlei moralische oder ethische Vorstellungen. Was die Menschen zu dieser angeblich alternativlosen Herrschaft bewirkt, ist nicht mehr das alte Denkmuster von einem Recht des Stärkeren, sondern ein Streben nach Gewinn und Profit, egal auf wessen Kosten- und das ist das Prinzip des Kapitalismus, in dem wir leben.

Und die Folgen sind unübersehbar. Nicht nur dass Massentierhaltungsanlagen in weiter Umgebung nachweisbar durch Gülle und Unrat das Grundwasser verschmutzen und schon von weitem riechbar sind, Betrieb mit Tieren in der Nahrungsmittelproduktion sind direkt an Erderwärmung, Erosionen, Abholzungen und Hungersnöten verantwortlich. Um zum Beispiel ein Kilo Rindfleisch herzustellen benötigt man 15500 Liter Wasser, eine Grünfläche von 15,3m<sup>2</sup> und es werden dabei 200 Liter Methangas und 35 Liter Jauche von einer Kuh am Tag abgegeben. Jährlich werden für Tierfutter 600 Millionen Tonnen Getreide verwendet, was ca 40% der Weltproduktion entspricht, womit man zugleich aber Hunderte Millionen Menschen ernähren könnte. Laut WHO sterben jährlich ca 40-50 Millionen Menschen an Hunger oder deren Folgen. In Südamerika werden hektarweise Regenwald zerstört; um dort Weideflächen und Agrarflächen für Tierfutter entstehen zu lassen. Die Emissionswerte von Treibhausgasen durch Tierzucht liegen bei Methan bei 40% und bei Stickoxiden bei 60%, die neben Kohlenstoffdioxid maßgeblich an der Erderwärmung beteiligt sind.

Hinter all diesen Folgen steht eine profitorientierte Verflechtung von Unternehmen und Politikern weit über nationale Grenzen hinaus. Den Verantwortlichen ist es egal welche

Auswirkungen sie in der Natur bedeuten und welches Leid sie bei Tier und Mensch verursachen. Sie versuchen sich in einem System zu behaupten und ihren eigenen bestmöglichen Vorteil herausziehen, indem sie auf der Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen, Tieren und der Umwelt aufbauen und sie weiter reproduzieren.

Sie reproduzieren ihre eigene Unterdrückung durch Leistungsdruck weiter nach unten auf Lebewesen auf, die sie ausbeuten. Es werden Umweltzerstörung und Tierunterdrückung mit der Existenzsicherung legitimiert und im Namen der Wirtschaft ausgebaut. Tiere wie Menschen werden nach der Rentabilität gemessen, nur dass Tiere nach ihrem Ausscheiden aus dem Verwertungsprozess, anstatt mit einer kleinstmöglichen Rente, mit dem Tod bestraft werden. Wenn sie zu alt werden, nicht mehr die geforderte Menge Eier oder Milch geben, nicht mehr schnell genug sind oder einfach dem Besitzer zu unbequem werden, werden sie eingeschläfert oder zu Produkten für den Menschen verarbeitet.

Sie werden im Höhepunkt ihrer lebenslangen Knechtung getötet, ohne jemals als eigenständiges, freies Wesen gelebt zu haben. Tiere sind und waren im Auge des Menschen schon immer nur unfreie Lebewesen, die es zu beherrschen galt, wobei sie durch den Kapitalismus erst komplett verdinglicht und mit Werten besetzt wurden.

Es gilt also in erster Linie nicht nur das Bewusstsein zu schaffen, dass Tiere keine Eigentümer oder Waren der Menschen sind und wir in der Verantwortung gegenüber der Umwelt und des Menschen für eine Welt eintreten müssen, die sich nicht auf der Ausbeutung und Unterdrückung beruht. Wir müssen uns auch klar werden, dass einzig die Überwindung des kapitalistischen Normalzustandes eine Perspektive der Freiheit bedeutet - für Menschen, Tiere und für die Umwelt.

Die Befreiung darf niemals beim Menschen selber aufhören. Tiere sind ebenso eigenständig denkende und fühlende Lebewesen wie Menschen und sie existieren nur aus ihrem eigenen Interesse und nur für sich selber.

Die Aufrechterhaltung der Unterdrückung der Tiere bedeutet auch die Aufrechterhaltung der Unterdrückung auf anderen Ebenen in der menschlichen Gesellschaft. Wir berufen uns nicht auf nichts-sagende Tierschutzgesetze, die eignen aus profitorientierten Interessen die Tötungsmethoden von Tieren vorschreiben und von einer staatlichen Instanz geschaffen sind. Wir wollen die Freiheit jedes einzelnen Lebewesens, fernab eines Klassenkampfes von oben, der uns in eine ausgebeutete Klasse einteilt und in der Mehrwertproduktion ausbluten lässt.

**Niemand ist frei solange nicht alle frei sind!  
Gegen die Ausbeutung von Tier, Mensch und Umwelt!  
Kapitalismus abschaffen - für die vegane Revolution!**

[antispemd.bplaced.net](http://antispemd.bplaced.net)

## Klasse gegen Klasse!

In allen Teilen der Welt gehen am 1. Mai viele Millionen Menschen auf die Straße. Aktive aus linken und revolutionären Organisationen, aus Gewerkschaften und verschiedenen Bewegungen bringen ihre täglichen Forderungen und Kämpfe auf einen Punkt: Für den Klassenkampf gegen Kapital und bürgerliche Regierungen. Für eine Welt in der die Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht nach Verwertungsinteressen, sondern nach den Bedürfnissen aller gestaltet werden. Für eine Perspektive jenseits des Kapitalismus.

### Die kapitalistische Krise

Aktuell wird von bürgerlichen Medien und Parteien behauptet, die Krise sei überwunden, ein erneuter Aufschwung sei im Gange und alles in allem funktioniere der Kapitalismus wieder hervorragend. Tatsächlich ist es Kapitalistenklasse und Regierenden gelungen, die Krisenscheinungen abzuwälzen und damit weiter hohe Profite für Banken und Konzerne zu gewährleisten. In einigen europäischen Ländern, wie Griechenland und Irland wurde damit begonnen, umfassende Kürzungsprogramme umzusetzen, mit der Verarmung großer Teile der Beschäftigten als Folge. Auch in der BRD haben die in den letzten Monaten und Jahren eingeleiteten Maßnahmen dafür gesorgt, dass die Situation für die Lohnabhängigen in vielerlei Hinsicht verschärft wurde: Das Renteneintrittsalter wurde erhöht und damit die Lebensarbeitszeit für viele verlängert und für viele weitere die Rente faktisch gekürzt; die Umstrukturierungen im Gesundheitswesen sichern den Pharmakonzernen auf Kosten der Versicherten ihre Profite, bei gleichzeitigen massiven Verschlechterungen der Krankenversorgung; in großem Ausmaß sind ehemals tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse durch schlechter bezahlte und ungesicherte ersetzt worden; in den Kommunen geht der Kahlschlag bei sozialen Einrichtungen, Freizeitmöglichkeiten und Kulturbetrieben weiter, während Milliarden in Großprojekte wie Stuttgart 21 und damit vor allem an die daran beteiligten Konzerne fließen.

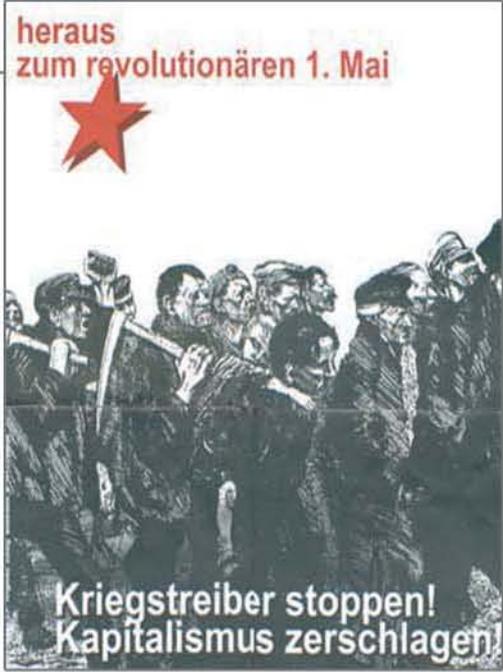
Für den Großteil der Weltbevölkerung sind die Auswirkungen noch verheerender. Von Jahr zu Jahr nimmt die Zahl der Armen zu, die keinen Zugang zu Trinkwasser, ausreichend Nahrungsmitteln oder medizinischer Versorgung haben. Millionen arbeiten in „Billiglohnfabriken“ unter kaum zu ertragenden Arbeitsbedingungen. Rohstoffe werden von den westlichen Konzernen insbesondere in den Ländern Afrikas unter Zuhilfenahme korrupter Regierungen geplündert. Militärische Invasionen zerstören die Lebensgrundlagen der Menschen in

Aufruf des bundesweiten Antifaschistischen / Antimilitaristischen Aktionsbündnisses zum diesjährigen 1. Mai

Afghanistan und anderen Ländern. Spekulationen von Großkonzernen mit Nahrungsmitteln treiben die Preise in die Höhe und lassen Millionen hungern, während mehr als genug Nahrung vorhanden ist. Für den Großteil der Weltbevölkerung bleibt das Gerede von Aufschwung und sozialer Marktwirtschaft nichts als reiner Hohn. Der Kapitalismus wird auch zukünftig nicht so funktionieren, wie es uns die bürgerliche Propaganda weismachen will. Dieses System gibt es nicht ohne Krisen, nicht ohne Profitstreben, nicht ohne Zerstörung der Natur, nicht ohne die Zunahme von Armut und nicht ohne die Verschwendung von Ressourcen für Waffen und lediglich aus kommerziellen Beweggründen produzierten Ramsch. Kriege, militärische Interventionen und staatliche Gewalt gegen widerständige Bewegungen gehören ebenso zum vermeintlich demokratischen kapitalistischen System. Seine Krisenhaftigkeit wird auch zukünftig zu Zuspitzungen des Klassenkampfes von oben führen. Und zu politischen Krisen, in denen sich die verschiedenen Kapitalfraktionen und bürgerlichen Parteien nicht mehr einigen können und sie ihre Unfähigkeit, dieses System in den Griff zu bekommen, offenbaren. Dadurch verlieren sie weiter das Vertrauen der Bevölkerung. Es werden daher auch immer wieder die Notwendigkeit von Protest und Widerstand vieler Menschen gegen die Profiteure, Kriegstreiber und Sozialabbauer auf die Tagesordnung gebracht und tiefgreifende Veränderungen möglich. Der Sturz der von den imperialistischen westlichen Staaten gestützten Regimes in Nordafrika, haben einmal mehr gezeigt, dass staatliche Krisen auch für fortschrittliche Veränderungen genutzt werden können.

### Gemeinsam kämpfen!

Von Seiten deutscher Gewerkschaftsbosse wird sich aktuell damit gerühmt, der wirtschaftliche Aufschwung sei auch ein Verdienst ihrer zurückhaltenen Linie den Unternehmern gegenüber. Die weitgehend auf Kompromisse ausgerichtete Linie der deutschen Gewerkschaften hätte den Beschäftigten gar mehr gebracht, als die massiven Streiks und Protestaktionen der letzten Monate in Frankreich und Griechenland. Während sie Krümel für die immer kleiner werdende Zahl der Kernbelegschaften insbesondere in der deutschen Metall- und Baubranche als Erfolge ausweisen, wird immer öfter auf schlechter bezahlte LeiharbeiterInnen zurückgegriffen. Auch die Lohnerhöhungen werden durch Mehrkosten für Gesundheits- und Altersvorsorge, Schule und Universität, sowie die Verteuerungen der diversen Lebenshaltungskosten vielfach wieder relativiert. Ganz zu schweigen davon, dass die auf Kooperation und Kompromisse ausgerichtete Gewerkschaftsline hier zentrale Angriffe von Staat und Kapital auf die Beschäftigten in Form der Heraufsetzung des Rentenalters



oder die weitere Ausrichtung von Gesundheits- und Bildungswesen nach Kapitalinteressen nicht im Geringsten beeinträchtigte. Es gibt mehr als genug Bereiche, in denen es gilt, für unser aller Interessen gemeinsam gegen Staat und Kapital einzutreten. Die Einigkeit und Entschlossenheit unserer Klasse, derjenigen die nur Bruchteile des gesellschaftlichen Reichtums abbekommen und über deren Köpfe hinweg Entscheidungen getroffen werden, muss sich letztlich durchsetzen - gegen diejenigen, die sich dem Kapital andienen, gegen die Stillhaltepolitik der Gewerkschaftsbosse und gegen die eingebildete Perspektivlosigkeit. Entschlossene Streiks und Sozialproteste, dienen zudem nicht nur dazu, einzelne Verbesserungen durchzusetzen und noch massivere Angriffe von Staat und Kapital zu verhindern, sie haben eine noch wichtigere Bedeutung: Sie stärken Klassenbewusstsein, Selbstvertrauen und Solidarität. Die Spaltung in Beschäftigte der verschiedenen Unternehmen und Sparten, in RentnerInnen, Erwerbslose, prekär Beschäftigte und tariflich abgesicherte, in Männer und Frauen, Deutsche und MigrantInnen, kann in den gemeinsamen Kämpfen überwunden werden. Die gemeinsame Praxis bringt neue Erfahrungen und zeigt sowohl die Stärke, als auch noch vorhandene Unzulänglichkeiten auf. Ohne diese Grundlage bleibt jede Perspektive, die über einzelne Veränderungen im Kapitalismus hinausweist, allenfalls ein abstraktes Ziel. Das selbstständige Handeln und Organisieren der Lohnabhängigen, ihr Sammeln von konkreten Erfahrungen und die Förderung ihrer Kampfbereitschaft ist mehr Grundlage für eine Überwindung des Kapitalismus, als noch so viele in Flugblättern und Broschüren niedergeschriebene Lippenbekenntnisse. >>>

**Unsere Seite aufbauen**

So wichtig die klassenkämpferische und politische Praxis ist, so beschränkt bleibt sie doch ohne kontinuierlich arbeitende Strukturen: zum Beispiel Gewerkschaften und kämpferische Basisgruppen in den Betrieben, antifaschistische Gruppen, selbstverwaltete Zentren und Arbeitskreise an Schulen und Unis. All sie sind für den kontinuierlichen, auf Erfahrungen und kollektiven Diskussionen aufbauenden Kampf in den verschiedenen Bereichen eine substantielle Grundlage.

Sich zu organisieren bedeutet auch, der Individualisierung, dem Egoismus und dem Konkurrenzdenken entgegen zu wirken. So wird die Tendenz, die dem Kapitalismus innewohnt und seine Überwindung ermöglicht, aufgegriffen: die Vereinigung der ArbeiterInnenklasse gegen die Klasse, die von Ausbeutung und Unterdrückung profitiert. Unsere heutigen Zusammenschlüsse sind die Grundlage, um zukünftig sämtliche gesellschaftlichen Bereiche selbstbestimmt, kollektiv und solidarisch zu regeln und Strukturen zu entwickeln, die an die Stelle profitorientierter Unternehmen und des bürgerlichen Staates treten. Doch auch die Strukturen in verschiedenen Teilbereichen reichen nicht aus. Wir, die Gruppen, die diesen Aufruf veröffentlichten, sind uns darin einig, dass eine politische Kampforganisation notwendig ist, die sich nicht mit der Verbesserung des Kapitalismus beschäftigt, sondern an seiner Überwindung arbeitet. Eine Organisation, die die revolutionäre Theorie und Praxis langfristig und kontinuierlich entwickelt, Schulung und Information gewährleistet und sich nicht auf tagespolitische Kämpfe beschränkt und darin abarbeitet, sondern deren Dynamiken für den revolutionären Prozess nutzt. Sie kann und darf die verschiedenen anderen Organisationen dabei nicht ersetzen, sondern muss in einem dialektischen, sich ergänzenden und aufeinander aufbauenden Verhältnis zu ihnen stehen und die Selbstorganisationen in den verschiedenen Bereichen ermöglichen und unterstützen. Der Aufbau einer bundesweiten revolutionären kommunistischen Organisation muss heute diskutiert, vorbereitet und entwickelt werden. Unser Bündnis kann und soll nicht zuletzt hierzu einen Teil beitragen.

**Viva el comunismo y la libertad**

Am 1. Mai gehen wir offensiv für eine kommunistische Perspektive auf die Straße,

gleich ob die Schreihäse in den Parlamenten und bürgerlichen Medien jegliche Alternative zum Kapitalismus als unmöglich oder barbarisch darstellen. Während sie in billiger propagandistischer Weise jedesmal losschreien, wenn das Wort „Kommunismus“ fällt, stehen wir zu unserer Geschichte – mit all ihren Errungenschaften und den gemachten Fehlern. Die bisherigen Versuche, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, haben konkrete Verbesserungen für viele Millionen Menschen mit sich gebracht: die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft, Frauenrechte und das Verbot von Diskriminierungen, Bildungsmöglichkeiten für breite Bevölkerungsschichten, Verbesserungen in der Gesundheitsvorsorge und Mitbestimmung in den Betrieben. Dies alles war nur möglich durch die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse, die Errichtung einer geplanten und an den Bedürfnissen orientierten Produktion und die Abschaffung der bürgerlichen Herrschaft. Die sozialistischen Versuche wurden dabei stets auf vielfältige Weise von den kapitalistischen Staaten angegriffen und mussten sich gegen Handelsboykotts, Sabotage, Anschläge, Propaganda, militärische Angriffe und andere Schwierigkeiten durchsetzen. Dass sie aufs erste gescheitert sind, dass es verheerende eigene Fehler und autoritäre und bürokratische Entwicklungen gab, spricht ausschließlich dafür, sich intensiv mit den Erfahrungen zu beschäftigen, Fehler nicht zu wiederholen und erneute Fehlentwicklungen nicht zuzulassen.

Die bisherigen Entwicklungen in Richtung einer Überwindung des Kapitalismus sind zudem nicht längst vergangene historische Ereignisse. Der Sozialismus als Gesellschaftsmodell der Zukunft wird beispielsweise in Teilen Lateinamerikas und Asiens offen thematisiert. Starke Basisbewegungen von Arbeiterinnen und Arbeitern, Bäuerinnen und Bauern, den Land- und Arbeitslosen setzen dort auch heute konkrete Verbesserungen für große Teile der

Bevölkerung durch. Während hierzulande etwa Arbeitsplätze abgebaut und Menschen durch Studiengebühren von den Universitäten ausgeschlossen werden, die Gesundheitsversorgung eingeschränkt wird usw., erkämpfen diese Bewegungen in diesen Bereichen Verbesserungen. All den fortschrittlichen Kämpfen weltweit und den Versuchen den Kapitalismus zu überwinden und eine befreite Gesellschaftsordnung aufzubauen, gilt unsere internationale Solidarität.

Wir haben eine Welt zu gewinnen, kämpfen wir gemeinsam für eine kommunistische Perspektive: eine Gesellschaftsordnung, in der die Kontrolle über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse nicht weiter in der Hand einer kleinen Klasse aus Kapitalisten und bürgerlichen Regierungen liegt, sondern die Produktionsmittel vergesellschaftet sind und alle Belange der Gesellschaft kollektiv organisiert werden. Die massive Ausbeutung der Mehrheit einerseits und die Anhäufung von Reichtum bei Wenigen andererseits müssen der Vergangenheit angehören, der gesellschaftliche Reichtum allen zur Verfügung gestellt und die notwendigen Arbeiten nach Fähigkeiten und Interessen verteilt werden. Frieden und internationale Solidarität haben an die Stelle von imperialistischen Kriegen und militärischer Aufrüstung zu treten. Das Bildungswesen darf nicht länger Wirtschaftsinteressen untergeordnet sein, sondern muss allen ein selbstbestimmtes Lernen ermöglichen. Anstelle des bürgerlichen Staatsapparates sind Strukturen zu entwickeln, die gesellschaftliche Mitbestimmung und die Niederhaltung jeglicher Form der Ausbeutung gewährleisten.

Gehen wir hierfür gemeinsam am 1. Mai auf die Straße, stehen wir ein für die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau einer klassenlosen, kommunistischen Gesellschaftsordnung!

**Für Solidarität und Klassenkampf!  
Für den Kommunismus!**

revomai.de // 3a.blogspot.de

HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN

**1.MAI**  
2011

KLASSE **UNTER** KLASSE

**Die Stadt gehört allen!**

Gegen Armut, Ausgrenzung und Vertreibung.

**TERMINE:**

Fr. 07.05.2011 | Knast (Umfassungsstr. 76, MD) | Solikonzert mit Post War-Perdition (Death Metal aus Berlin), Reactory (Trash Metal aus Berlin) etc.

Sa. 18.06.2011 | Steinigstraße (zwischen Puschkin- und Goethestr.) | Stadtfelder Straßenfest mit verschiedenen (Info-) Ständen, Workshops, Bands etc.



Mal-Zeitung zum 1.Mai 2011 produziert von:

**zusammen kämpfen**  
Für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung

zusammen kämpfen [Magdeburg]  
c/o Soziales Zentrum  
Alexander-Puschkin-Str. 20  
39108 Magdeburg

www.zusammen-kaempfen.tk // zusammen-kaempfen@riseup.net

**Volxküche** | KULINARISCH PROLETARISCHE SELBSTHILFE

JEDEN MITTWOCH:  
**16-18 UHR**  
VEGETARISCHES/VEGANES ESSEN

JEDEN SONNTAG:  
**12-14 UHR**  
FRÜHSTUECKSBUFFET



IM INFOLADEN A.-PUSCHKIN-STR. 20, 39108 MD  
WWW.INFOLODEN-MD.TK

**ROTE HILFE e.v.**  
ORTSGRUPPE MAGDEBURG

ROTEHILFEMD.BLOGSPORT.DE

Rechtsberatung jeden Mittwoch 17.30 Uhr im Infoladen!